



GAHRantiert für Tirol



Hermann Gahr
Abgeordneter zum Nationalrat

Parlament Kompakt | Newsletter Nr. 37 | 18. Mai 2011

Liebe Funktionärinnen und Funktionäre, liebe Freunde!

Der Bundesfinanzrahmen bis 2015 stand im Mittelpunkt der beiden Plenarsitzungstage und die Diskussion darüber war eine sehr intensive. Klar ist, dass Österreich den Weg durch die Wirtschafts- und Währungskrise besser als viele andere Länder geschafft hat und wir anhand von Griechenland oder Portugal sehen, wie rasch ein finanzielles Fiasko passieren kann. Die Bundesregierung hat mit verschiedensten Maßnahmen wie den beiden Konjunkturpaketen oder auch der Kurzarbeit sinnvolle Initiativen gesetzt. Diese haben viel Geld gekostet und es sind die Staatsschulden gestiegen, die es nun rasch abzubauen gilt. Unser Ziel ist es, die Neuverschuldung bis 2013 unter drei Prozent zu senken. Der Staatshaushalt soll über die Ausgabenseite entlastet werden und nicht durch neue Steuern, die den Mittelstand zusätzlich belasten würden.

Mit dem Bundesfinanzrahmengesetz sollen vor allem drei Ziele erreicht werden:

Defizitreduktion und Schuldenbremse: Für das heurige Jahr sieht der Finanzrahmen ein Defizit von 3,9 Prozent des BIP vor. In den folgenden Jahren soll das Defizit kontinuierlich sinken und 2013 unter der 3 %-Maastrichtgrenze liegen, 2015 bei 2 %. Ab 2013 soll auch die Staatsschuldenquote wieder sinken, bis 2015 soll sie 74,4 % des BIP betragen (derzeit 75,5 %).

Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze: Mit Offensivmaßnahmen soll vor allem in Forschung (jährlich 100 Mio. € Forschungsförderung, 80 Mio € Sondermittel für Hochschulen), thermische Sanierung (jährlich 100 Mio. €), Ausbau der Ganztagesbetreuung für Kinder (jährlich 80 Mio. €) und in die Neue Mittelschule (bis 2015 216 Mio. €) investiert werden.

Kontinuierliche Reformen: Neben dem bereits vereinbarten Stabilitätspakt mit den Ländern sind nun weitere Reformschritte (Verwaltungsreform) notwendig.



Die Tiroler Nationalräte bei ihrem Antrittsbesuch bei Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle



Eine Delegation des Südtiroler Bauernbundes zu Gast beim Open House des Österreichischen Bauernbundes: NR Hermann Gahr, Georg Reden, Landwirtschaftsminister Niki Berlakovich, SBB-Vizeobmann Viktor Peintner, Regionalratsvizepräsidentin Rosa Thaler, SBB-Direktor Siegfried Rinner, SBB-Vizedirektor Ullrich Höllrigl, Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner, BR Georg Keuschnigg (v.l.)

Gahr: Vier-Parteien-Antrag setzt positive Südtirol-Initiative im Umgang mit faschistischen Denkmälern

ÖVP-Südtirolsprecher: Relikte aus faschistischer Zeit in Gedenkstätten und Mahnmale für Demokratie und Menschenrechte umwidmen

Südtirol hat in der österreichischen Außenpolitik einen hohen Stellenwert. Mit Österreichs Schutzmachtfunktion zur Einhaltung der Autonomie Südtirols trägt unser Land seit Jahrzehnten eine Mitverantwortung zur Entwicklung Tirols jenseits des Brenners. Viele Jahre nach dem Sturz des faschistischen Regimes ist es an der Zeit, auch den Umgang mit den faschistischen Relikten einer genaueren Betrachtung zu unterziehen und sich der Aufarbeitung der Geschichte zu stellen. Dies kann aus unserer Sicht nur dadurch erfolgen, indem Relikte aus faschistischer Zeit in Gedenkstätten und Mahnmale für Demokratie und Menschenrechte umgewidmet werden. Das sagte heute, Mittwoch, ÖVP-Südtirolsprecher Abg. Hermann Gahr, der wesentlich zum Gelingen des Antrages mitgewirkt hat.

"Mit einem Vier-Parteien-Antrag wollen wir ein deutliches Zeichen aus Österreich für einen umfassenden Umgang mit diesen Relikten setzen und diesen Schritt zum Anlass nehmen, dass wir uns eingehend mit der faschistischen Zeit in Italien auseinandersetzen", so Gahr, der es bedauert, dass die FPÖ den Antrag nicht unterstützt. "Damit hat sie FPÖ eine einmalige Chance verspielt."

Der Antrag unterstützt die von der Südtiroler Landesregierung vorgeschlagene Möglichkeit, faschistische Relikte in Mahnmäler umzuwandeln "Dieser Gedanke würde den Anspruch der Vergangenheitsbewältigung und der Befassung der Jugend mit einer Zeit, die sie nicht erleben musste, in vorbildlicher Weise erfüllen", zitiert der ÖVP-Südtirolsprecher aus dem gemeinsamen Antrag.

Im Vordergrund der inhaltlichen Auseinandersetzung soll dabei aber nicht die Geschichte der Denkmäler an sich stehen, sondern es soll die Zeit des Faschismus und Nationalsozialismus in Südtirol aufgearbeitet werden, so Gahr, der betont, dass die Aufarbeitung einer genauen und sensiblen Einzelbetrachtung bedarf und auch die Umwandlung der Relikte stets unter Beachtung und Rücksichtnahme der persönlichen Gefühle der betroffenen Bevölkerungsgruppen erfolgen müsse. "Unser Antrag ist jedenfalls ein klares Signal zur Aufarbeitung eines dunklen Kapitels Südtiroler Geschichte", schloss Gahr.

Es grüßt Euch aus Wien,

